

Konstruktivismus, Kooperation, Industrieländer – IB

Die Zeitschrift für Internationale Beziehungen hat in den zehn Jahren ihrer Existenz ein beachtliches Profil gewonnen, weil sie die Option einer theoretischen Konzentration auf eigene Themen wahrgenommen und auf diesem Weg relevanten, miteinander vernetzten theoretischen Positionen im Feld der Internationalen Beziehungen Gehör verschafft hat. Die Leistung der ZIB im vergangenen Jahrzehnt wird aber nicht geschmälert, wenn man auch die Begrenztheit dieses Profils beschreibt: Konstruktivismus auf theoretischer Ebene, Kooperation und Integration auf der internationalen und transnationalen Ebene und zunehmend »weltgesellschaftlich« bestimmte Strukturen, insbesondere im Rahmen der europäischen Einigung.

Die ZIB wandte sich gegen zwei theoretische Positionen: ökonomistische Interessenableitungen, wie sie in Imperialismus- und Dependenztheorie vorzufinden waren, und den staatszentrierten Realismus, der aus geopolitischen objektiven Interessenlagen innerhalb eines anarchischen Staatensystems von den Akteuren nicht modifizierbare Interessen ableitet.

1. Das analytische Instrument: Der Konstruktivismus

Relative Machtsteigerung ergibt sich als konstruierte normative Regel in einer Welt der Anarchie, in der die Notwendigkeit der Machtabbildung durch kollektive Organisation stets auch die Möglichkeit des Missbrauchs von Macht einschließt. Im innerstaatlichen Bereich neutralisiert die legitime Regierung wenigstens teilweise die aufgrund von Organisation und Gewaltbereitschaft erzielten Machtvorsprünge einzelner Gruppen, indem sie die schweigende Mehrheit dadurch repräsentiert, dass diese ihr ohne Zögern Steuern und Personal zur Verfügung stellt. Im internationalen Bereich sieht die realistische Schule keine über den Staaten stehende Institution, die solche aus der Demokratietheorie übernommenen Kontrollen und Gleichgewichte durchsetzen kann. Die Staaten müssen deshalb durch Koalitionen gegen Minderheiten darstellende Staaten vorgehen, die sich mit höherer Gewaltbereitschaft international durchzusetzen versuchen. Gerade zu ihrem Beginn war die realistische Schule nicht an Gewaltsamkeit, sondern an der Beherrschung von Gewalt orientiert.

In der Betonung der sozialen Konstruktion von Interessen hat die ZIB die reiche Tradition der Außenpolitikanalyse nur bedingt aufgreifen können. Kehrs (1970) Analyse des Ersten Weltkriegs als Folge einer konstruktivistisch zu erklärenden Selbsteinkreisung Deutschlands oder sein Vergleich der unterschiedlichen Ausformungen des imperialistischen Missionsdenkens in Deutschland, Frankreich und Großbritannien ist nicht aufgenommen worden (vgl. Kehr 1930: 423f). Die

Beschreibung von Deutungsmustern, die Ausgangspunkt einer Theoriebildung über die gesellschaftliche und kulturelle Bedingtheit von handlungsleitenden Wahrnehmungsmustern und Weltbildern hätte werden können, ist nur in Ansätzen erfolgt. Die Übereinstimmung zwischen den kosmopolitisch konzipierten Deutungsmustern und kooperationsgeneigtem außenpolitischen Verhalten wäre dadurch erschüttert worden. Die beiden großen antikolonialistischen Kriege des 20. Jahrhunderts, der Algerienkrieg und der Vietnamkrieg, wurden mit kosmopolitischen Deutungsmustern begonnen und von realistisch argumentierenden Politikern (Charles de Gaulle, Richard Nixon) beendet. Die These, dass kosmopolitische Deutungsmuster, wie das Konzept der *Global Governance*, zu Herrschaftsideologien pervertieren können, hat zu einer der wenigen scharfen Kontroversen innerhalb der ZIB geführt (vgl. Görg 2002; Brand 2003; Weller 2003).

Gerade weil Interessen konstruiert sind, können sich Deutungsmuster verselbstständigen. Die Auseinandersetzung um Deutungsmuster kann dann gleich einem Kampf der Bücher beschrieben werden, indem Deutungsmuster entgegenstehende Fakten so integrieren, dass Lernprozesse über die Notwendigkeiten außenpolitischen Verhaltens, die realistische Ansätze durchaus sehen, blockiert werden. So hat die Modernisierung des klassischen Deutungsmusters kolonialer Herrschaft, nämlich deren Rechtfertigung durch Bereitstellung von Macht und Gerechtigkeit, in der Theorie des antisubversiven Krieges für Jahre die zu Reformen bereite französische Mehrheit am logischen Folgeschritt, der Kooperation mit der algerischen Befreiungsbewegung, gehindert (vgl. Elsenhans 2000: 384-399).

Aus Deutungsmustern ergeben sich Rückkopplungen, die Verhalten bestimmen und anschließend die Konstrukteure von Deutungsmustern mit Material versorgen, aufgrund dessen sie an diesen Deutungsmustern festhalten. Prozesse der Konstruktion und Aufrechterhaltung von Deutungsmustern sollten deshalb vermehrt Gegenstand empirischer Untersuchungen werden. Dabei würde sich wahrscheinlich zeigen, dass die Differenz zwischen Realismus und Konstruktivismus nicht so groß ist, wie die meisten Beiträge vermuten. Sicherheit und wirtschaftliche Interessen sind selbst Gegenstand der Deutungsmuster, weil sie Grundvoraussetzung der Reproduktion der Kollektive sind, die auf Staaten und internationale Organisationen Einfluss nehmen. Die Angemessenheit der Deutungsmuster ist für ihre Durchsetzung gerade bei diesen beiden Interessen langfristig bedeutsam: Als deutlich wurde, dass der Algerienkrieg oder der Vietnamkrieg nicht zu gewinnen waren, haben die entscheidenden Akteure die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der jeweiligen imperialistischen Metropolen umgedeutet.

Das realistische Paradigma erscheint als Sonderfall des Konstruktivismus: Behauptet wird hier, dass die überragende Bedeutung der Sicherheitsfrage, im schlechten Fall realitätsunangemessener Deutungen über neue Niederlagen, unvermeidlich zu Lernprozessen führt. Konstruktivismus hält der implizierten Ablehnung von Kooperation entgegen, dass aufgrund der Alternativen im Gefangenendilemma der realistische Rückzug auf Misstrauen und Nichtkooperation dann vermieden werden kann, wenn beide Kontrahenten aufgrund konstruktivistischer Interessendefini-

tionen die kooperative Lösung wählen und auf diese Weise pfadabhängig Vertrauen in kooperative Lösungen schöpfen.

Der in der ZIB gepflegte Konstruktivismus fragt nach der Möglichkeit der kommunikativen Veränderung der Gewaltneigung von Akteuren durch sich wechselseitig verstärkende Elemente in den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen und deren Rekonstruktion im Bewusstsein der Akteure (z. B. Müller 1994, 1995; Risse-Kappen 1995; Zangl/Zürn 1996).

2. Kooperation versus Dominanz des Staates

Dass zunehmende internationale Verflechtung Konfliktpotenziale schaffen kann, wird in der ZIB erst in den letzten Jahren im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Globalisierung thematisiert. Sie wird in Verbindung gebracht mit Vereinheitlichungs- und Angleichungstendenzen, die von Fragmentierungstendenzen begleitet werden (Görg 2002).

Dass Fragmentierungstendenzen staatliche Regulierung und damit Abgrenzung bedeuten können, bedarf noch der theoretischen Unterfütterung. Die Scheu vor der Anerkennung des Staates als einer *Clearing*-Instanz für im Globalisierungsprozess unterschiedlich berücksichtigte Akteure lässt bisher Untersuchungen vermissen, die sich mit abgrenzendem Verhalten beschäftigen, das darauf zielt, territorial begrenzte *Clearing*-Instanzen wiederherzustellen. Die Analogie zur Interpretation der wirtschaftlichen Globalisierung durch die neoklassische Theorie bietet sich hier an. Die neoklassischen Anhänger der Globalisierung sehen alle beteiligten Wirtschaftssubjekte als potenzielle Gewinner verstärkter Integration, weil Spezialisierung bei »richtigen« Preisen langfristig zu Vollbeschäftigung und damit auch zu Verhandlungsmacht vorübergehender Verlierer auf dem Arbeitsmarkt führen muss. Frühzeitig wurde aber gerade bei den erfolgreichen Wirtschaften Ost- und Südostasiens aufgezeigt, dass nicht die Anpassung an den Weltmarkt über niedrige Reallöhne das Überspringen der vom Exportsektor ausgelösten Wachstumsimpulse auf den Rest der Wirtschaft sicherte, sondern die staatlich vermittelte Einbindung des Exportsektors in die binnengewirtschaftliche Entwicklung (Agrarreform, staatliche Stützung der wirtschaftlichen Diversifizierung).

Der Erfolg von exportorientierter Industrialisierung in eher egalitären Gesellschaften und ihr Misserfolg in weiterhin rentendominierten Gesellschaften mit stark ungleicher Verteilung zeigt, dass die Erfolge von Globalisierung von der internen Struktur der einbezogenen Gesellschaften abhängen und die bloße Einbeziehung in den Globalisierungsprozess diese internen Strukturen nicht notwendig in Richtung auf Kooperationsbereitschaft verändert, sondern möglicherweise eher blockiert. Staatliche Kompensation der sich unmittelbar auswirkenden Effekte von Globalisierung kann langfristig Globalisierung vertiefen.

Ähnlich kann auf der politischen Ebene argumentiert werden, dass Kooperation kein Wert an sich ist, sondern durchaus mit Abgrenzung einhergehen kann, zu deren Durchsetzung auch Konflikt notwendig sein mag. Die Anerkennung der Relativität

des Werts von Kooperation kann konstruktivistisch dazu beitragen, die gewaltfreie Austragung solcher Konflikte zu erleichtern.

Sobald Kooperation in unterschiedlichen Strukturen unterschiedliche Auswirkungen hat, stellt sich die Frage nach den Strukturen, welche die Akteure durch ihre Reaktion auf die Entwicklung ihrer internationalen Umwelt und der auch von ihr mitgeprägten lokalen (nationalen) Umwelten selbst produzieren. Wird die Welt der OECD verlassen, stellt sich dabei die Frage nach den Auswirkungen der Vermachung von Wirtschaft (Schlichte/Wilke 2000; Christophe 1998).

Wenn die Welt nur aus kapitalistischen Wirtschaften besteht, die zu Vollbeschäftigung wenigstens fähig sind, kann es bei allseits kooperativem Verhalten keine dauerhaften Verlierer geben. Über die Anpassung der Wechselkurse erreicht das rückständige Land selbst im Fall technischen Rückfalls weiterhin Vollbeschäftigung. Es wird trotz technischer Rückständigkeit gerade bei neuen Technologien komparative Kostenvorteile haben, weil das führende Land bei älteren Hochtechnologien noch höhere Produktivitätsvorsprünge hat. Staatsinterventionismus und staatliche Konzentration von Renten bleiben dann begrenzt, zumindest solange – ähnlich dem späten 19. Jahrhundert – alle beteiligten Wirtschaften in diesem Prozess zu Vollbeschäftigung tendieren. In einer von der Koexistenz entwickelter kapitalistischer und unterentwickelter Wirtschaften geprägten Welt treten zunächst in der unterentwickelten Welt, dann aber auch als Folge unterkonsumtiver Tendenzen in der entwickelten Welt Renten auf, deren Aneignung und Verteilung Instanzen erfordern, die nur begrenzt dem wirtschaftlichen Wettbewerb ausgesetzt sind. Diese Instanzen können nichtstaatlicher Art sein: Oft behandelt *Global Governance* die Rolle nichtstaatlicher Akteure bei der Zähmung von Renten zugunsten zunächst weder am Markt noch durch eigene politische Organisation verhandlungsfähiger gesellschaftlicher Gruppen.

Wichtige Beiträge in der ZIB haben die fehlende demokratische Legitimierung solcher nichtstaatlichen Akteure behandelt (Dingwerth 2003; Nölke 2000). Die Frage nach der Entlastung von nur partiell demokratischer Kontrolle unterliegenden Instanzen durch eine angemessene Rolle des Staats sollte ein Thema intensivierter Forschung werden. Es würde darum gehen, die Voraussetzungen für funktionsfähige Marktwirtschaften in der unterentwickelten Welt durch Interventionen in strategisch wichtigen Bereichen (Einkommensverteilung, Bodenverteilung) zu thematisieren, von dort aus mögliche Rollen nichtstaatlicher Akteure abzuleiten, um dann Maßnahmen zur Stützung solcher Prozesse zu diskutieren. Das Thema der Vernetzung nichtstaatlicher Akteure mit anderen kooperationsfördernden Akteuren würde gegenüber ihrem Einfluss auf die lokalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der Zielländer zurückgehen. Die Notwendigkeit der Begrenzung der Kooperation zur konflikthaften Durchsetzung spezifischer Interessen der Armen in solchen noch durch Renten dominierten Systemen würde die Normativität von Kooperationsneigung problematisieren.

Eine politökonomische Reflexion über die Ursachen von Entwicklung und Abhängigkeit erlaubt die Unterscheidung zwischen Strukturen, die der weltgesellschaftlichen Integration eher abträglich bzw. förderlich sind.

3. Weltgesellschaft und Staat

Die vom kapitalistischen Zentrum ausgehenden Impulse der Globalisierung waren nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Lagers nicht stark genug, um die »Peripherie« durchzukapitalisieren. Gleichwohl sind die wirtschaftlichen Fortschritte in einem Teil der unterentwickelten Welt beachtlich. Sie haben zum Aufstieg neuer Mächte geführt: In Ost- und Südasien sind schon regionale Staatsysteme entstanden, in denen die doppelte Rolle des Staates als Verteidiger von Souveränität und als *Clearing*-Instanz für lokale Interessengruppen gegenüber transnationalen Bindungen erheblich höhere Bedeutung gewonnen hat als heute in Europa oder im Bereich der transatlantischen Beziehungen. Die gewichtigeren unter diesen widersetzen sich der Einschränkungen ihrer Souveränität durch transnationale Strukturen und Verrechtlichung, wie exemplarisch die Konflikte in der Welt-handelsorganisation (WTO) zeigen.

Einzelne dieser Mächte sind heute auch nach den Kategorien der realistischen Schule Großmächte. Der Irakkrieg zeigt, dass ohne Genozid eine Besetzung großer Territorien auch durch eine mit modernsten Waffen ausgerüstete Armee nicht möglich ist und dass deshalb Länder wie China oder Indien auch nach der möglichen Ausschaltung ihrer modernen Armeen durch die USA nicht besetzbar sind. Die USA können solchen Ländern mit militärischen Mitteln ihren Willen nicht aufzwingen.

Daneben gibt es breite Landstriche, in denen die im internationalen System anerkannten Staaten zerfallen sind. Diese Regionen werden Gegenstand von Bemühungen regionaler und fremder Mächte zur Sicherung von Einfluss. Der weltpolitische Ordnungsentwurf der neuen Mächte und die Sicherung der durch Staatszerfall gekennzeichneten Regionen weisen in vieler Hinsicht Züge internationaler Politik im westfälischen System auf, selbst wenn es sich dabei nicht um Nationalstaaten mit ethnisch geprägten Identitäten handelt. Die »intellektuellen« Establishments in diesen Staaten sind im Bereich der Theorie der Internationalen Beziehungen an Staat und Gleichgewicht orientiert und deshalb den Ansätzen des Realismus in den Internationalen Beziehungen nahe. Die ZIB hat mit diesen intellektuellen Establishments keinen nennenswerten Dialog führen können.

Wenn eine weitgehend wirtschaftlich und damit auch gesellschaftlich homogene Weltgesellschaft kurzfristig nicht erwartet werden kann, dann gewinnt die Sicherung des internationalen Friedens durch Gleichgewicht und »Multipolarität« neue Bedeutung. Das bedeutet nicht die Rückkehr zum alten Realismus, sondern seine Einbeziehung in den von der ZIB gepflegten konstruktivistischen Ansatz.

Die Geschichtsschreibung der internationalen Beziehungen ist voll von Typisierungen der Fehldefinition von Interessen. Von Renten dominierte Systeme sind dafür wegen des Reichtums an nicht durch wirtschaftliche Konkurrenz festgelegte Ressourcen besonders anfällig. Wenn außenpolitische Niederlagen, wie die Chinas im Opiumkrieg 1842, von der Führungselite in Siege umgedeutet werden, dann kann die so konstruierte Realität nicht zur Einsicht in die Notwendigkeit von Kooperation führen. In seinen Anfängen hat der realistische Ansatz in den internationalen Beziehungen auf eine solche über die »Staatenmechanik« vermittelte Einsicht der kommunizierenden Akteure abgehoben.

Eines der möglichen Ziele der ZIB könnte sein, gesellschaftlich vermittelte konstruktivistische Logiken der Interessenperzeption im transkulturellen Vergleich zu typisieren und auf ihre Kompatibilität in Bezug auf Intensivierung von Kooperation zu überprüfen.

Literatur

- Brand, Ulrich* 2003: Nach der Krise des Fordismus. Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des Internationalen Politischen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10: 1, 143-166.
- Christophe, Barbara* 1998: Von der Politisierung der Ökonomie zur Ökonomisierung der Politik. Staat, Markt und Außenpolitik in Russland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5: 2, 201-240.
- Dingwerth, Klaus* 2003: Globale Politiknetzwerke und ihre demokratische Legitimation. Eine Analyse der Weltstaatdammkommission, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10: 1, 69-110.
- Elsenhans, Hartmut* 2000: La guerre d'Algérie 1954–1962. La transition d'une France à une autre. Le passage de la IV à la Ve République, Paris.
- Görg, Christoph* 2002: Einheit und Verselbstständigung. Probleme einer Soziologie der Weltgesellschaft, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9: 2, 275-304.
- Kehr, Eckart* 1930: Schlachtfloottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin.
- Kehr, Eckart* 1970: Englandhaß und Weltpolitik, in: Kehr, Eckart: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin, 149-175.
- Müller, Harald* 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 15-44.
- Müller, Harald* 1995: Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie Kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 2, 371-392.
- Nölke, Andreas* 2000: Regieren in transnationalen Politiknetzwerken? Kritik postnationaler Governance-Konzepte aus der Perspektive einer transnationalen (Inter-) Organisationssoziologie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 331-358.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 1, 171-184.
- Schlichte, Klaus/Wilke, Boris* 2000: Der Staat und einige seiner Zeitgenossen. Die Zukunft des Riegerns in der Dritten Welt, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 359-384.
- Weller, Christoph* 2003: Die Welt, der Diskurs und Global Governance. Zur Konstruktion eines hegemonialen Diskurses – eine Replik auf Ulrich Brand, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10: 2, 365-382.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael* 1996: Argumentatives Handeln bei internationalen Verhandlungen. Moderate Anmerkungen zur post-realistischen Debatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 2, 341-366.